

# «Malbun hat einen grossen Wert für uns»

Die Bergbahnen Malbun AG braucht Geld, um über den nächsten Winter zu kommen. Der Landtag wird am Mittwoch entscheiden.

Interview: Patrik Schädler\*

Für Regierungschef-Stellvertreter **Daniel Risch** ist das zinslose Darlehen von 1,5 Millionen Franken für die Bergbahnen Malbun AG eine Frage der Verantwortung eines Mehrheitsaktionärs, wie er im Interview ausführt. Der Landtag wird das Geschäft am Mittwoch in seiner November-Session beraten.

**Sie haben an der Generalversammlung der Bergbahnen erklärt, dass «die Regierung Verantwortung für Malbun» übernehmen will. Warum sieht sich die Regierung in der Verantwortung?**

**Daniel Risch:** Seit der Landtag im Jahr 2003 dem Finanzbeschluss über 13 Mio. für die Erneuerung der Infrastruktur in Malbun zugestimmt hat, ist das Land mit rund 48 Prozent an den Bergbahnen beteiligt. Die Gemeinden halten weitere 24 Prozent. Kurz: die öffentliche Hand besitzt aktuell mehr als zwei Drittel der Aktien und damit der Stimmanteile und trägt folglich zwangsläufig die Hauptverantwortung für das Unternehmen. Meiner Meinung nach ist es richtig, dass der grösste Aktionär in der Lösungsfindung die Verantwortung übernimmt. Zudem anerkennt die Regierung den Stellenwert von Malbun als Naherholungsgebiet für die Bevölkerung und den Tourismus sowie die Wichtigkeit der Bergbahnen für die Destination Malbun.

**Die Bergbahnen haben schon im Juli 2019 einen Antrag auf finanzielle Unterstützung gestellt. Warum hat man sich mehr als ein Jahr Zeit gelassen?**

Es ist richtig, dass die Gespräche mit den Bergbahnen bereits im Juli 2019 – punktuell auch schon davor – begonnen haben. Es wurden in dieser Zeit verschiedene Unterstützungsvarianten diskutiert. In dieser Phase wurde die schwierige Situation der Bergbahnen im Rahmen der Vorsteherkonferenz auch mit den Gemeinden diskutiert. Aufgrund der finanziellen Situation und der verwobenen Struktur mit dem Jufahotel bevorzugt die Regierung gemäss vorliegendem Vorschlag eine Entflechtung der Strukturen und eine nachhaltige Sanierung. Dies auch und gerade aufgrund der Tatsache, dass die Bergbahnen den operativen Betrieb während der letzten Jahre selbst finanzieren konnten und somit ein Modell gefunden werden sollte, das einen andauernden erfolgreichen Betrieb sicherstellt.

**Die Regierung beantragt beim Landtag nun ein zinsloses Darlehen von 1,5 Millionen. Ist es überhaupt realistisch, dass das Geld irgendwann zurückgezahlt wird? Wäre es nicht ehrlicher, das Geld «à fonds perdu» zu sprechen?**

Der Regierung ist die aktuelle finanzielle Situation der Bergbahnen sehr bewusst. Aktuell hält das Land Liechtenstein, wie erwähnt, mit 48 Prozent nur eine Minderheitsbeteiligung – wenn auch eine grosse. Das war auch ein Grund, warum die kurzfristige Liquidität mit einem zinslosen Darlehen bereitgestellt werden soll. Gleichzeitig mit der Gewährung des zinslosen Darlehens werden die Bergbahnen beauftragt, ein Sanierungskonzept auszuarbeiten und vorzulegen. Teil dieser Sanierung könnte die Umwandlung des zinslosen Darlehens in Eigenkapital sein, was bei einem «à fonds perdu»-Beitrag finanztechnisch nicht möglich ist. Es geht also weniger darum, das



Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch: «Wenn das Land als Grossaktionär, die Gemeinden und die Banken keine Liquidität zur Verfügung stellen wollen, bleibt den Bergbahnen nur die Hoffnung auf einen privaten Spender und es würde die Schliessung drohen.»

Bild: Sven Beham

Geld zurückzuerhalten, als vielmehr darum, Optionen für die Zukunft offenzuhalten.

**Was passiert, wenn der Landtag diese Woche dem Darlehen an die Bergbahnen nicht zustimmt?**

Das Darlehen soll insbesondere deshalb gewährt werden, weil die Bergbahnen vor einem schwierigen Winter stehen und davon auszugehen ist, dass die Liquidität nicht bis zum nächsten April reichen wird. Es wird angenommen, dass der Umsatz rund 30 Prozent tiefer ausfällt und etwas höhere Kosten für Schutzkonzepte anfallen. Sollte der

**«Meiner Meinung nach ist es richtig, dass der grösste Aktionär in der Lösungsfindung die Verantwortung übernimmt.»**

Vorverkauf sehr schleppend laufen und sich die Annahmen – auch aufgrund der jüngsten Corona-Entwicklungen – nicht bewahrheiten und noch schlechter aussehen, können die Bergbahnen die Rechnungen nicht mehr bezahlen. Wenn das Land als Grossaktionär, die Gemeinden und die Banken keine Liquidität zur Verfügung stellen wollen, bleibt den Bergbahnen nur die Hoffnung auf einen privaten Spender und es würde die Betriebsschliessung drohen. Das wäre aus meiner Sicht bei

einem Betrieb, der zu 72 Prozent der öffentlichen Hand gehört, ein spezielles Verständnis von Verantwortung.

**Sie haben sich am Begriff «Verstaatlichung» in den Medien gestört. Sie verwenden den Begriff öffentlich-rechtliches Unternehmen. Wo liegt der Unterschied?**

Der Begriff der «Verstaatlichung» ist in diesem konkreten Fall ein zu grosses Wort für das, was hier geplant ist. Man könnte dies auch so verstehen, dass man die privaten Aktionäre nicht mehr haben möchte und das Land das Unternehmen «an sich reissen» will. Zudem spricht man von einer Verstaatlichung im klassischen Sinne, wenn etwas vormals Privates vom Staat übernommen wird. Das trifft hier in mehrfacher Hinsicht so nicht zu. Wie ich bereits ausgeführt habe, ist das Land Liechtenstein der mit Abstand grösste Einzelaktionär und hält rund 48 Prozent der Aktien. Die Gemeinden sind im Besitz von weiteren 24 Prozent. Mit 72 Prozent der Aktien in der öffentlichen Hand kann nicht wirklich von einer Verstaatlichung gesprochen werden. Im Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag, mit welchem die Gewährung eines zinslosen Darlehens beantragt wird, heisst es konkret, dass sich die Regierung grundsätzlich vorstellen kann, die Bergbahnen im Sinne des ÖUSG (Gesetz über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen) in ein öffentliches Unternehmen zu überführen. Die Voraussetzungen, unter denen sich die Regierung das vorstellen könnte, sind auch ausgeführt.

**Sind für Sie andere Optionen als die Überführung in ein öffentlich-rechtliches Unternehmen denkbar? Oder wo sehen Sie die Vorteile dieser Variante?**

Ich bin überzeugt, dass eine solide und nachhaltige Lösung für die Bergbahnen gefunden werden muss, in

der die Verantwortlichkeiten klar geregelt sind. Dazu sind verschiedene Modelle denkbar. Wenn der Staat aber weiterhin beteiligt ist, gibt ihm die Unterstellung unter das Gesetz über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen, oder auch Corporate-Governance-Gesetz genannt, die Möglichkeit, die Interessen des Staates als Aktionär umfassend und hauptverantwortlich wahrzunehmen. Heute sind die Bergbahnen einfach eine Beteiligung, die aufgrund der touristischen Ausrichtung dem Wirtschaftsministerium zugeteilt ist. Neben der finanziellen Sanierung gilt

**«Von einem Fass ohne Boden kann nicht die Rede sein. Es geht darum, was uns das Naherholungsgebiet Malbun wert ist.»**

es auch, diese Struktur aus Sicht des Landes zu bereinigen.

**Die Hauptkritik bisher war, dass man damit ein «Fass ohne Boden» schaffe. Was sagen Sie dazu?**

Ich habe in verschiedenen Gesprächen gehört, dass man in den letzten Jahren laufend Geld in Malbun gesteckt habe. Hier scheint es Verwirrung zu geben. Der Landtag hat 2003 entschieden, 13 Millionen Franken für die Infrastrukturerneuerungen einzubringen.

Seither – also in den letzten 17 Jahren – gab es weder einen Staatsbeitrag noch sonst finanzielle Mittel für die Bergbahnen vom Staat. Dem Landtag war beim Entscheid 2003 klar, dass die Bergbahnen die Mittel für Reinvestitionen nicht selbst erwirtschaften können. Wenn man also die Bergbahnen mit anderen staatsnahen Betrieben – bspw. im Kultur-, Sport- oder Bildungsbereich – vergleichen möchte, müsste der jährliche Staatsbeitrag über 17 Jahre hochgerechnet und anschliessend mit den 13 Millionen Franken Infrastrukturkosten ins Verhältnis gesetzt werden. Von einem Fass ohne Boden kann damit mit Sicherheit nicht gesprochen werden. Vielmehr geht es darum, die Frage zu beantworten, was uns das Naherholungsgebiet Malbun und der zentrale Leistungserbringer dort wert ist.

**Von der Opposition war auch zu hören, dass der Staat schon in der Vergangenheit ein schlechter Unternehmer war und man daraus nichts gelernt habe.**

Es ist eine gern und oft wiederholte Binsenweisheit, dass der Staat ein schlechter Unternehmer sei. Gerade auch deshalb wurden in den letzten Jahren grosse Fortschritte in der Professionalisierung und Entpolitisierung der öffentlichen Unternehmen realisiert. Dass bei der Vielzahl der staatsnahen Betriebe es da und dort Probleme zu lösen gibt, liegt ohne Zweifel in der Natur der Sache. Auch bei einem privat geführten Unternehmen, das 20 Tochterunternehmen oder mehr besitzt, wird zwangsläufig das eine oder andere Unternehmen mit Herausforderungen konfrontiert sein.

**Sie wollen Malbun als Naherholungsgebiet und als Sportstätte erhalten. Ist dies ohne Staat nicht möglich?**

Das ist eine Entscheid, den der Landtag zu fällen hat. 2003 hat die Volksvertretung entschieden, dass sich das Land Liechtenstein substanziell finanziell engagieren will – dies im vollen Bewusstsein, dass in spätestens 20 Jahren erneut finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Wenn der Landtag heute zum Schluss kommen sollte, dass die Bergbahnen nicht mehr vom Staat unterstützt werden sollten, dann wäre das eine Abkehr vom damaligen Beschluss. Ich persönlich bin überzeugt, dass Malbun einen grossen Wert für uns Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner, aber auch für unseren Tourismus hat und dass es daher auch in Zukunft gerechtfertigt ist, dass sich der Staat hier engagiert. Und Liechtenstein ist damit auch kein Einzelfall – im Gegenteil: in der Schweiz und in Österreich engagieren oder beteiligen sich die Gemeinden, Kantone oder Bundesländer teilweise ebenfalls in grösserem Umfang an Bergbahnen.

**Wie stellen Sie sich Malbun in 10 Jahren vor?**

Als immer noch intaktes Naherholungsgebiet, umgeben von wunderbaren Bergen. Mit einem guten, kompakten Winterangebot und einem im Vergleich zu heute gut ausgebauten Sommer- und Herbstangebot. Eine Sportstätte von nationaler Bedeutung und hoffentlich mit Bergbahnen, die nachhaltig finanziert sind und hinter denen die Bevölkerung in Liechtenstein steht, weil sie stolz darauf ist.

\*Das Interview wurde schriftlich geführt.